



Medienmitteilung

Aus der Staatskanzlei

4. September 2008

Mitarbeitende des Bundesverwaltungsgerichts in der Ostschweiz auf Informationsreise

Bau des Bundesverwaltungsgerichts in St.Gallen beginnt

Nach einer dreijährigen Planungs- und Vorbereitungsphase erfolgte am Donnerstagmorgen der erste Spatenstich für das Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen. Den symbolischen Akt begingen der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, der St.Galler Stadtpräsident sowie der Vorsteher des Baudepartements des Kantons St.Gallen gemeinsam. Anwesend waren auch die Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichts, die in die Ostschweiz gekommen waren, um sich mit dem neuen Standort anzufreunden.

Für die nächsten drei Jahre wird eine Grossbaustelle das Bild auf dem Chrüzacker in St.Gallen prägen. Der Kanton St.Gallen erstellt für den Bund das grösste Gericht der Schweiz und erhält mit dem Zuzug des Bundesverwaltungsgerichts eine wichtige Institution von nationaler Bedeutung.

Manche Hürde überwunden

Christoph Bandli, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, erinnerte an die Anfänge des Unternehmens im Jahr 2001, als 15 000 Bürgerinnen und Bürger mit einer Petition in Bundesbern die Ansiedlung des Bundesverwaltungsgerichts in St.Gallen verlangten. Bis zum feierlichen Spatenstich seien viele Hürden zu nehmen gewesen, die Standortfrage beispielsweise oder die Finanzierungsmodalitäten. Dank einer von gutem Willen, Fairness, Offenheit, Kompromissbereitschaft und gesunder Hartnäckigkeit geprägten Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Bundesverwaltungsgericht und Architekten seien gute Resultate erzielt worden, so Christoph Bandli.

Landmarke im Stadtbild

Regierungsrat Willi Haag, Vorsteher des Baudepartements des Kantons St.Gallen, unterstrich die Qualitäten des Standorts. Der Chrüzacker ist einer der letzten freien Bauplätze auf innerstädtischem Gebiet und verkehrsmässig hervorragend erschlossen. Ein Gebäude von dezenter Repräsentativität werde entstehen, eine Landmarke, die das Stadtbild akzentuieren werde. Das Baudepartement freut sich, zusammen mit den Architekten, Fachplanern und noch zu beauftragenden Unternehmen das Gerichtsgebäude – ein komplexer Organismus – für die künftigen Nutzer zum Leben zu erwecken.

"Verwaltungs-Cluster" entsteht

Stadtpräsident Thomas Scheitlin zeigte sich stolz über den Leuchtturm Bundesverwaltungsgericht, der perfekt in die Stadt St.Gallen passe. In der Kantonshauptstadt entstehe ein eigentlicher "Verwaltungs-Cluster". Die Vernetzung zwischen Bundesverwaltungsgericht und Universi-

tät St.Gallen sei bereits auf gutem Weg. Stadt- und Kantonsverwaltung sowie das Bundesverwaltungsgericht würden mit der Zeit ebenfalls voneinander profitieren, davon ist er überzeugt. Herzlich hiess der Stadtpräsident die Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichts willkommen, die dem ersten Spatenstich beiwohnten. Er forderte sie auf, neugierig zu sein auf die Menschen hier und das Leben in der Ostschweiz.

Gerichtsausflug in die Ostschweiz

Das Bundesverwaltungsgericht beschäftigt rund 350 Mitarbeitende, die heute in Bern und Zollikofen arbeiten. Wenn das Gericht in gut drei Jahren seine Tätigkeit in St.Gallen aufnehmen wird, soll eine möglichst grosse Zahl von Mitarbeitenden den Ortswechsel mitvollziehen. Der Wechsel von einem Landesteil in einen anderen ist auch eine emotionale und organisatorische Herausforderung. Aus diesem Grund macht das Bundesverwaltungsgericht am Donnerstag und Freitag seinen Gerichtsausflug in die Ostschweiz. Gastgeber der Informationsreise sind die Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Thurgau sowie die Stadt St.Gallen. Fast 300 Mitarbeitende leisteten der Einladung Folge.

Markantes Bauwerk im Stadtbild

Das aus einem Wettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt der Architekten Stauer und Hasler aus Frauenfeld wird in St.Gallen ein städtebaulich markantes Zeichen setzen. Das Bauwerk mit einem 44 Meter hohen Turm und einem in den Hang eingelassenen zweigeschossigen Basisgebäude wird Raum für rund 400 Arbeitsplätze bieten. Im Basisgebäude sind die Gerichtssäle und die öffentlich zugänglichen Räume angeordnet, während im Turm die Büros, die Kanzleiräume und die Logistik untergebracht sind.

Das Bauprojekt besticht durch eine klare Struktur und ermöglicht ein hohes Mass an Flexibilität. Das Gerichtsgebäude ist nach ökologischen Grundsätzen konzipiert und wird den Minergie-Standard erfüllen. Die Erstellungskosten inklusive Landerwerb sind auf rund 100 Millionen Franken veranschlagt.

Schlüsselübergabe am 1. Januar 2012

Bevor das Bauwerk in die Höhe wachsen kann, sind umfangreiche Aushub- und Hangsicherungsmassnahmen notwendig, die bis in den Winter 2008 dauern werden. Gute Witterungsverhältnisse vorausgesetzt sollen die Rohbauarbeiten bis zum Frühjahr 2010 abgeschlossen werden. Der Einbau der Gebäudetechnik und der gesamte Innenausbau werden bis in die zweite Hälfte des Jahres 2011 dauern. Die Fertigstellung des Gerichtsgebäudes ist auf Ende des Jahres 2011 vorgesehen; die Übergabe an das Bundesverwaltungsgericht findet am 1. Januar 2012 statt.

Hinweis an die Redaktionen:

Für weitere Medienauskünfte stehen zur Verfügung:

- über den Bau: Kantonsbaumeister Werner Binotto heute von 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr, Tel. 071 229 30 19.
- über das Gericht: Magnus Hoffman, Medienbeauftragter des Bundesverwaltungsgerichts, Tel. 079 619 04 83.